

Um den Leninismus / Von Rudolf Renner

II.

In unserem gestrigen Artikel haben wir schon festgestellt, daß wir in Ostschlesien schon längere Zeit die schärfsten Auseinandersetzungen hatten. Selbstverständlich spielte sich der größte Teil der Diskussionen in der Bezirksleitung und der erweiterten BL ab. Die Durchführung der Diskussionen in der breiten Öffentlichkeit hätte unsere Arbeit in den Wahl- und Wirtschaftskämpfen gefährdet. Die praktische Arbeit gilt uns als erstes. Wir haben aber keineswegs geschworen, wie jetzt die Rechten glauben machen wollen. Wir haben im Funktionär zwei Artikel veröffentlicht, die sich mit den Fragen beschäftigten. Da aber allem Anschein nach auch ein großer Teil unserer Funktionäre die Artikel nicht genügend beachtet, drucken wir diese zwei Artikel hier ab.

Die Artikel erschienen unter der Überschrift „Klare Front“. Der erste erschien, nachdem Genosse Melcher auf eine Aufrufung an ihn einen Artikel zu schreiben, nicht reagierte, und die BL nun mich beauftragte, und zwar in der Juni-Nummer 1928. Wir lassen den Artikel hier folgen:

Beim Schreiben dieses Artikels ist die Entscheidung des Bezirks über die in der Bezirkssitzung aufgetretenen Differenzen schon gefallen. Die Gewerkschaftskonferenz vom 16. und 17. Juni hat sich mit 200 gegen 1 Stimme, bei 4 Stimmenthalungen, für die Linie der Partei, für die Resolutionen des 4. Kongresses der RCG ausgesprochen. Dennoch aber ist es notwendig, zu den Fragen hier in einem etwas erweiterten Umfang Stellung zu nehmen; denn diese Fragen stehen in einem engen und unzulässigen Zusammenhang mit dem Rücktritt des Genossen Erich Melcher von seiner Funktion als Bezirksleiter. Seit dem Ausscheiden des Genossen Melcher aus dem Sekretariat hat sich um die Gründe und Ursachen hierzu eine Anzahl Legenden gebildet, die nun endlich geklärt werden müssen. Genosse Melcher und seine engeren Freunde haben alles getan, diese Legenden zu verbreiten und zu verstehen. Die Bezirksleitung hat bisher, soweit sie nicht gezwungen war, geschworen. Geschworen nicht deswegen, weil sie die Mitglieder nicht unterrichtete wollte, oder weil es sich (wie das vor bestimmter Seite behauptet wurde) um einen Rivalitätskampf handelte, sondern weil die BL der Auffassung war, daß in der Zeit der herausziehenden und durchzuhilfenden Wirtschaftskämpfe, daß in der Wahlperiode, die gelebte Aufmerksamkeit und Kraft der Partei auf viele praktischen und konkreten Tagesfragen gelenkt werden müßte. Es galt, den Versuch zu unternehmen, der Partei in den Wirtschaftskämpfen eine führende Rolle zu gewinnen, den Wahlkampf mit einem Erfolg abzuschließen. Zwar wurde schon einmal (auf dem letzten Bezirkstagsatz) in den Streitfragen Stellung genommen, jedoch nicht in abschließendem Sinne. In der engeren und erweiterten BL wurde die Diskussion fortgesetzt, nach dem 4. Kongress der RCG wie auch schon kurz vor demselben, kamen neue Differenzen hinzu.

In Verbindung mit dem Ausgang der Wahlen, der Bevölkerung über den 4. Kongress darüber bestand in der BL nur eine Meinung, mußte die Mitgliedschaft über die Streitfragen unterrichtet werden. Die Parteimitglieder mußten und müssen entscheiden, ob sie die Haltung der BL billigen. Während durch die Diskussion auf dem letzten Bezirkstagsatz der eigentliche Sinn der Auseinandersetzung noch nicht vollständig klar geworden war, mußte jedoch selbstverständlich eine Auseinandersetzung entstehen, als Genosse Melcher von seiner Tätigkeit als Bezirksleiter zurücktrat. Dieser Rücktritt erfolgte im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahl. Hierdurch erhält die Anlegensinn des Antritts eines Kaufens um ein Abgeordnetenmandat. Praktisch handelt es sich aber um weitgehende Differenzen über die Linie der Partei und die Politik derselben.

Diese Differenzen traten schon vor längerer Zeit, zuerst vereinzelt und nicht mit vollständiger Klärheit auf. Sie zeigten sich bei der Formulierung von Resolutionen, in denen der Genosse Melcher zwar sehr stark die ja auch tatsächlich bestehenden, von seinem Verteilungsklasse verfaßten ultralinken Gefahren unterstrich, sich aber hingestellt und entschieden gegen eine ebenso starke Unterstreicherung der rechten Gefahren zur Wehr setzte. Ständig offener und klarer wurden die Differenzen in der Diskussion über die Beihilfe des Essener Parteitages und die einschlagende Welle der Wirtschaftskämpfe.

Schon auf dem Essener Parteitag war von einer Gruppe Genossen, zu denen auch Genosse Melcher gehörte, eine von der Auffassung der Partei mehrheit abweichende Meinung vertreten worden. Die Genossen forderten, daß man als Zentralpartei, um die Arbeiter zu mobilisieren, sie in die Wirtschaftskämpfe zu führen, die Kontrolle der Produktion ausüben sollte. Um diese Frage und ihre Bedeutung entsprechend die Auseinandersetzung auch in der BL. Die Genossen erklärten, daß die Produktionskontrolle jetzt die Sammlung von Material in den Betrieben sei. Die Partei antwortete den Genossen, daß dieser ihr Versuch der demokratischen Lösung der Kartellkontrolle der RSD eine andere Lösung entgegenstellen, ein Versuch sei eine reformistische Lösung mit einer opportunistischen zu bekämpfen. Außerdem konnten wir uns nicht überzeugen, daß die Arbeiter für die Materialsammlung im Betrieb in besonders begeisterte Bewegung geraten könnten. Zudem antwortete die Partei den Genossen, daß die Partei der Kontrolle der Produktion eine Aufgabe des liegenden und segregierten Proletariats ist. Die Kontrolle der Produktion wird, begonnen im Kampf um die Macht, ausgelobt von der hegemonialen Arbeitersklasse, so lange, wie sie noch Privat- oder Konzessionsbetriebe dulden muß.

Wir verweisen dabei auf Lenin, der in der Vorbereitung des Aufstandes am 14. Mai 1917 in der Pramda, als Außland sich inmitten der Katastrophe der kapitalistischen Gesellschaft befand, schreibt:

„... revolutionäre Disziplin, revolutionäre Mahnmaßen der revolutionären Klasse, der Proletarier und Halbproletarier, der Übergang aller Staatsmacht in die Hände dieser Klasse, welche in der Tat gerade diese solche Kontrolle einzuführen vermögt, tatsächlich siegreich den Kampf mit dem Ratschreiber“ durchführen kann.“ (Illustrierte Geschichte der Rössischen Revolution, S. 300.)

In einem Artikel über die Arbeiterkontrolle sagt Lenin: „Wenn wir „Arbeiterkontrolle“ lagen, wobei wir diese Punkt stets neben die der Diktatur des Proletariats stellen, stets hinter sie, so machen wir dadurch klar, um welchen Staat es sich handelt. Der Staat ist das Organ der Herrschaft einer Klasse.“ Handelt es sich um die Proletarier-Staat, das heißt um die Diktatur des Proletariats, so kann die Arbeiterkontrolle zu einer gesamtindustriellen, allumfassenden, allgemeinen, allgemeinen und gewissenhaftesten Rechnungslegung über die Produktion und Verteilung der Produkte werden.

Die „Verteilung“ der Angestelltenmasse der Banke, Sondrate, Handelsunternehmungen usw. usw. ist durchaus möglich, sowohl technisch, doch für uns den Kapitalismus und dem Finanzkapital geleisteten Vorarbeit, als auch politisch unter der Kontrolle und Aufsicht durch die Sowjets.“

Lenin: „Meine Gewerkschaft“ (Merck'sche Bibliothek, Nr. 10, S. 75 u. ff.)

Hier zeigt Lenin ganz klar, was die Praxis in der Sowjetunion auch bewiesen hat, Kontrolle der Produktion wird im Kampf um die Erhaltung der Macht begonnen und ist eine Aufgabe des Arbeiterstaates. Da hat sie aber mit Materialsammlung nichts zu tun.

Dies ist eventuell eine Aufgabe der Betriebszellen, der Gewerkschaftsorganisationen. Aber, daß das eine kämpfende Partei sei, will uns bis heute noch nicht einleuchten.

Die Genossen führten dann auch die Unhaltbarkeit ihrer Stellung, und Genosse M. gab der Produktionskontrolle eine andere Declaration. In der Internationale erschien ein Artikel des Genossen Köhler, der erklärte, Produktionskontrolle könne sich auch so äußern wie in Italien bei der Betriebsbefreiung, oder wie die Arbeitsverweigerung der Daimler-Arbeiter beim Kriegsgeratebau ähnlich des russischen Vormarsches nach Worshau. Diese gleiche Stellung wurde dann durch den Genossen M. in der BL vertreten. Wir erklärten, daß Betriebsbefreiung und Arbeitsverweigerung komplizierter sind, die im Verlaufe des Wirtschaftskampfes sehr wohl auftreten können, aber mit Kontrolle der Produktion nichts zu tun haben. Die Genossen hatten eine schlechte Rückzugslinie angenommen. Genosse M. warf dann auch noch eine Frage auf: „Braucht das Proletariat nach der Machtübernahme überhaupt noch Produktionskontrolle?“, und erklärte, dann brauche das Proletariat die Produktionsleitung, in Deutschland werde man im wesentlichen 100-prozentig sozialistieren.

Sahen wir bei der Fragestellung der Produktionskontrolle als Materialsammlung die opportunistische Abweichung, so sahen wir hier einen Ausschlag nach dem wohlfahrtsverwandten Trotskismus. Aber auch die Sozialdemokraten gehen ja mit dieser Praxis der 100-prozentigen Enteignung auf den Markt, zum Beispiel wenn sie zur Bauernfrage in Russland sprechen. Im Mai 1917 hielt der sozialdemokratische Arbeitsminister Kautzki, Stobolewski, klängende Reden, in denen er sagte: „Man muß die Steuerlast der vermögenden Klassen bis zu 100 Prozent der Gewinne erhöhen.“ Lenin antwortete darauf:

„Unsere Partei ist viel bedeutsamer. Sie fordert in ihrer Resolution weniger, nämlich, nur die Einführung der Kontrolle über die Bauten, und allmählichen (hört, hört!) Die Polizei wird für die Allmählichkeit! Übergang zu einer gerechteren progressiven Besteuerung der Einkünfte und des Vermögens.“ (Illustrierte Geschichte der Rössischen Revolution, S. 302)

Wir sahen den Genossen M. schon in dieser einen Frage von einer Seite auf die andere springen, von der Degradation der Produktionskontrolle zur Materialsammlung bis zur 100-prozentigen Sozialisierung. Die Linie dabei blieb die gleiche, die einer opportunistischen Abweichung. Lenin erklärte Stobolewski, als er in Effekt gekommen, habe er große Versprechungen gemacht, ohne die Voraussetzungen zu schaffen. Genosse M.

erging sich in Rätselkarten über die 100-prozentige Sozialisierung. Wir aber glauben auch, daß wir seit die Voraussetzungen zur Machtübernahme schaffen müssen, daß das Proletariat erst die Macht haben muß, bevor man feststellen kann, was prozentualig zu sozialisieren geht.

Eine andere Differenzfrage bildete die Beurteilung der „Linien“ in der SPD. Die Genossen erklärten, daß die Bezeichnung des Essener Parteitages, die „Linien“ seien innerhalb der SPD die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft, nicht richtig — sie formulierten vorwiegend: zu plump — sei. Auch Genosse M. vertrat diese Auffassung. Wir verzichten auf die Haltung der „Linien“, ihren ständigen Schmäler zu Hermann Müller. Genosse M. entschloß die Diskussion über die Herausbildung einer zentralistischen Partei. Es ist unmöglich, hier auf den Gesamtkomplex der Fragen einzugehen, aber eines stand und steht fest: diese Frage wurde aufgeworfen, um eine andere Stellung einzunehmen, weil man glaubt, durch ideologische Entgegenkommen an die Linien hier gewinnen zu können. Wir sind der Auffassung, daß bei Bestehen einer revolutionären Partei, die es verleiht, die Massen zu gewinnen, kein Bestand für eine zentrale Partei ist. Wir haben aber auch nicht die Auffassung, die Genosse M. vertreibt, daß aus der SPD eine zentrale Partei hervorgehen könnte.

Hier schon zeigten sich starke Differenzen und offen opportunistische Abweichungen. Deutlicher noch traten diese hervor bei der Beurteilung und der Durchführung der Wirtschaftskämpfe. Hier verlangten die Genossen, daß man die politische Seite der Kämpfe nicht so sehr betone. Man solle erst nur wirtschaftliche Forderungen ausspielen.

In der Vorbereitung des 4. RCG-Kongresses traten höherlich ein paar schwere Formulierungen des Genossen Löffel aus. Diese ausnutzend, ging die Gruppe der Opponenten dazu über, den Vorstoß gegen die RCG überhaupt zu führen. Genosse Melcher vertrat in einem längeren Schreiben nicht mehr, aber auch nicht weniger als das bedingungslose Aufheben im JGB.

Zuletzt nach dem Kongress, schreibt Genosse Melcher mit noch einigen anderen, daß der in der Resolution des 4. RCG-Kongresses gehörte Kampf gegen die Ausschlüsse die Gewerkschaften spalte. Das bedeutet zweierlei: erstens kampfloses Hinnehmen der Ausschlüsse, zweitens aber liefern die Genossen mit ihrem Geschrei den Sozialdemokraten das Stichwort gegen die revolutionären Gewerkschaften und ihre Tätigkeit.

Wir werden auf diese Frage in einem weiteren Artikel besonders eingehen.“

Rüstet zur Gedenkfeier für die Opfer von 1923, am 27. und 28. Oktober in Freiberg

Geschichtungsverhandlungen für die Hüttenindustrie

Hohn der Unternehmer — Nur im Kampf können die Forderungen durchgesetzt werden!

Am 22. Oktober fanden in Düsseldorf die ersten Schlichtungsverhandlungen im Lohnkonflikt der Hüttenindustrie statt. Der vom sozialdemokratischen Reichsarbeitersminister Willi Müller eingesetzte Schlichter Dr. Joetten leitete die Verhandlungen. Die Gewerkschaftsvertreter verlangten von den Unternehmern die Aufnahme der pronostatorisch ausgesprochenen Ränderungen. Das lehnten die Unternehmer selbstverständlich ab. Die von den Unternehmern abgegebene Erklärung wurde von den Gewerkschaftsvertretern ebenfalls mit einer Erklärung beantwortet, aus der als wichtigstes festgeschalten zu werden verdient, daß die Gewerkschaftsführer nach wie vor zu einer Beteiligung an den Schlichtungsverhandlungen bereit seien, und daß sie in Zukunft auch bereit seien, die von den Unternehmern vorgelegten Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit der Betriebe und die Lohnhöhe der Arbeiter von sogenannten „neutralen Personen“ prüfen zu lassen. Der Schlichter Joetten bestellte jedoch eine Schlichtungskammer, an der von jeder Seite sieben Vertreter teilnehmen, und die am Donnerstag dem 26. Oktober zu Schlichtungsverhandlungen zusammentritt.

Es war vorauszusehen, daß die ersten unverbindlichen Verhandlungen scheitern müssten, da beide Teile auf ihren Forderungen beharrten. Besonders aber ist das Ergebnis der Gewerkschaftsvertreter, unter allen Umständen an den Schlichtungsverhandlungen unter der Leitung des Sachwalters der Unternehmer, Dr. Joetten, teilzunehmen. Anstatt allen Ernstes den Kampf vorzubereiten, werden diese ausichtlosen Schlichtungsverhandlungen weitergeführt. Ueber die Ansicht der früher

des DMR, durch Schlichtungsverhandlungen, die auch nicht entfernt die Forderungen der Arbeiter erfüllen können, zu einer „stiedischen Erledigung der Lohnbewegung“ zu kommen, läßt sich auch nicht die radikalste Reden des Vorstandes Brandes und des Bezirksleiters Wolf auf einer Metallarbeiterversammlung in Dortmund hinnahm. Brandes, der dort erklärte, daß der DMR in der Lage sei, keine Mitglieder wohnen lang im Streit zu unterstützen, hat nichts darüber gesagt, welche Maßnahmen gegen einen verbindlich erklärten Schiedspruch von Verbundswegen getroffen werden sollen. Die Metallarbeiter der Nordwestgruppe erinnern sich im übrigen noch an dasselbe rätselige Gerücht aus dem Vorjahr, das Brandes und seine Freunde nicht gebunden hat, sich dem verbindlich erklärten Schiedspruch des Dr. Joetten zu unterwerfen. Durch die Erklärung der Gewerkschaftsvertreter wird im übrigen noch bekannt, daß sie sich in Zukunft mit neutralen Untersuchungskommissionen nach dem Muster der Schmalenbach-Kommission einverstanden erklären. Diese neutralen Kommissionen werden die Angaben der Unternehmer immer als richtig befürworten und dem Schlichter die Grundlage geben, noch weniger als bisher an Lohnhöhungen zu gewinnen. Die Bergarbeiter können über ihre Erfahrungen mit der Schmalenbach-Kommission am besten Auskunft geben.

Allen Schlichtungsverhandlungen zum Trotz müssen die Arbeiter in den Betrieben sich machen, den Kampf am 1. November aufzunehmen. Die Unternehmer wollen keinen Pfennig bewilligen, die Gewerkschaftsführer lassen jetzt schon erkennen, daß sie bereit sind, ihre 15-Pfennig-Forderung aufzuheben. An den Arbeitern liegt es, alle Kräfte zusammenzufassen, um diese Forderung als Mindestforderung durchzusetzen.

Tolle Sabotage des Volksbegehrns

Wieder ein Det ohne Enthüllungsmöglichkeit für die Bevölkerung

Täglich werden neue Tatfachen bekannt, die das Durchkreuzen lebster unter dem Wasserdruck angeordneten Einzeichnungspapiere zum Volksbegehrn durch die Dorfbourgeoisie drastisch beleuchten. Aus Altenbach im Odenwald wird gemeldet, daß der Zentrums-Bürgermeister und der demokratische Ratschreiber die Einzeichnungspapiere von 10 bis 18 Uhr fehlten, obwohl oder gerade weil um diese Zeit das Dorf fast ausgestorben ist. Denn bis auf die Kleinbauern lädt alles fröhlig morgens in die benachbarten Städte zur Arbeit, um erst nach 18 Uhr zurückzukehren. Dadurch war die Einzeichnung der Bevölkerung unmöglich gemacht.

Aber es kommt noch schöner. Als am Samstag dem 18. Oktober ein Benz-Prolet kam, um 15 Uhr, also zu einer Zeit, wo die Bahn reisefrei ausliegen mußten, einzutragen wollte, fand er das Rathaus verschlossen. Auf seine Beschwerde wurde ihm geantwortet: „Ja, der Ratschreiber mußte nach Bödenbach, und der Ratschreibergehilfe ist heute bei der Jagd des Herrn Freudenberg als Treiber beschäftigt.“ (!)

Mit solchen Mitteln der Sabotage, verstärkt durch den Terror sozialdemokratischer Polizeiprääsidenten und die Entlassdrohungen der Großgrundbesitzer und Unternehmern, hat die kapitalistisch-sozialdemokratische Einheitsfront erreicht, daß die notwendige Stimmenzahl für das Volksbegehrn nicht aufgedrängt

Ein ähnlich erfreuliches Ergebnis meldet der „Arbeiterwille“, demzufolge in Zella-Mehlis im Verlauf des Boffsbegehrns von der dortigen APD-Ortsgruppe neun neue Mitglieder aufgenommen und nicht weniger als 35 neue Deten des „Arbeiterwille“ geworben wurden.

Das Beispiel dieser Genossen muß der gesamten Parteimitgliedschaft zum Vorbild dienen. Bei eifriger Werbearbeit für unsere Partei und Presse ist der Erfolg sicher.

Kommunistische Anträge im Landtag

Gegen die Überwortellung der Arbeiter

In letzter Zeit häufen sich die Fälle von Stilllegung kleinerer und mittlerer Industriebetriebe. Dabei wurde festgestellt, daß vom Unternehmer die Betriebe zur Kranken, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung nicht immer ordnungsgemäß abgeführt wurden. Sogenannte Werksparkassen, die für die Arbeiter und Angestellten der Betriebe eingerichtet waren, haben in diesen Fällen gezeigt, daß die eingezahlten Gehälter der Betreffenden nicht abgerechnet waren. Die Arbeiterchaft mußte zur Wiedererlangung der Lohnarbeiter, direkt vom Lohn, abgezogenen Spargeldern einen schweren Kampf führen.

Der Landtag wolle deshalb beschließen:

1. Die Regierung wird beauftragt, Anweisungen zu einer besseren Kontrolle der Betriebe zu erlassen zu lassen.
2. Werksparkassen dürfen nicht mehr errichtet werden; bestehende müssen aufzuheben. Den Sparern ist das eingezahlte Geld mit etwaigen Zinsen usw. zurückzuerstatten.

Für ein neues Begebaurecht

Um 28. 6. 1928 wurde im Landtag ein sozialdemokratischer Antrag über die Schaffung eines neuen Begebaurechts angenommen. Die Verhältnisse im Straßenbau werden immer bedrohlicher und bedingen eine beschleunigte Regelung. Wenn genehmigt die Regierung den Gesetzentwurf vorzulegen?

Partei-Vormarsch

Unter hallesches Studierorgan „Klassenkampf“ meldet, daß es jüngst Kleinarbeit aktiver Genossen gelungen ist, in Weißensee 16 neue Parteimitglieder und 18 neue Abonnenten zu gewinnen. Im Landkreis wurde durch 18 Werbezemplare der Zeitung erreicht, daß zehn Arbeiter, die bisher der KPD mit ihrer Presse fremd gegenüberstanden, den „Klassenkampf“ abonnierten.